



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.11.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:01 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Einwohner*innen sind wie immer herzlich willkommen. Die Einhaltung des Mindestabstandsgebots von 1,5 m begrenzt die Anzahl der Personen in der Räumlichkeit. Daher ist eine **VORHERIGE ANMELDUNG** erforderlich. Eigenes dokumentenechtes Schreibzeug ist zu nutzen und eine Mund-Nasen-Bedeckung ist beim Betreten und beim Bewegen im Sitzungsraum zu tragen. Alle Anwesenden beachten bitte die zum Zeitpunkt der Sitzung geltende Rechtsverordnung.

Anwesend

Vorsitzende/r
Jörg König

Mitglied

Dr. Monique Wölk

Sandra Grubert

Sven Bausemer

bis 20:56

Michael Hosang

Anja Hübner

Dr. Jörn Kasbohm

Paul-August Schult

Vertretung für: Prof. Dr. Markus
Münzenberg

Gerd-Martin Rappen

Moritz Harrer

Vertretung für: David Wulff

Ingo Ziola

Protokollant/in

Dr. Stephan Braun

Abwesend

Mitglied

Christian Friedrich	abwesend
Gerhard Meyersieck	abwesend
Prof. Dr. Markus Münzenberg	entschuldigt
Anke Nordt	abwesend
Stephan Reuken	abwesend
David Wulff	entschuldigt

Verwaltung:

Erik Wilde
Jan Bruhnke
Saskia Rösch
Winfried Kremer
Juliane Kruse
Hannes Bartelt
Dr. Juliane Brust-Möbius

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2020
- 4 Vorstellung des Klimaschutzteilkonzeptes „Maritime Aspekte der Greifswalder Klimaschutzaktivitäten“
Referent: Jörg Strüssler (Baltic Energy Forum e.V. - Die Klimaschutz Agentur im Norden)
- 5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Nachhaltige und Faire Beschaffung
Referent*in: Frau Kruse und Herr Bartelt

- 6.2 Zwischenstand bezüglich der Erfüllung der Vorlage
BV-P/07/0009-02 "Änderungsantrag zu: Allgemeine
Pachtbedingungen für landwirtschaftliche Verträge"
- Konzept zum reduzierten
Pflanzenschutzmitteleinsatz und zur Anwendung des
Integrierten Pflanzenschutzes (gem. B734-28/18)
**Referenten: Herr Beil und Herr Rindler (Greifswalder
Agrarinitiative e.V.)**
- 6.3 MobilitätsWerkStadt 2025 - Projektvorstellung
Referentin: Frau Rösch
- 7 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 8 Beschlusskontrolle
- 9 Beratung der Beschlussvorlagen
- 9.1 Modellprojekt "Zukunft des Wohnens in Greifswald -
Mitten in Schönwalde I und II" BV-V/07/0305
- 9.2 Satzung zum Schutz und zur Nutzung der
öffentlichen Grünanlagen der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald BV-V/07/0238-01
neue Version vom 10.11.2020
- 9.3 Startschuss für einen modernen attraktiven
Arbeitgeber BV-P-ö/07/0016
Fraktion BG/FDP/KfV
- 10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses
- 11 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit
und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom
17.09.2020
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1 Abschluss eines Pachtvertrages zur Errichtung einer
Photovoltaikanlage BV-V/07/0330
Eilvorlage

- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ordnungsmäßigkeit wird festgestellt. 11 Ausschussmitglieder sind anwesend.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Kein Änderungsbedarf gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2020

Dem Protokoll wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	2

4 Vorstellung des Klimaschutzteilkonzeptes „Maritime Aspekte der Greifswalder Klimaschutzaktivitäten“

Das Klimaschutzteilkonzept ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Jörg Sträussler (Baltic Energy Forum) stellt das Klimaschutzteilkonzept per Skype vor (siehe Anlage). Anmerkung im Nachgang des Vortrages: Herr Dr. Kasbohm verweist auf das Seeportzentrum (dieses könnte der Motor für ein maritimes Klimaschutzzentrum sein – das Zentrum ist ein guter Vernetzungspartner, da vielfältig in die meisten maritimen Prozesse eingebunden.).

Herr König erkundigt sich nach in Anbetracht des nahendes Haushaltsbeschlusses nach nunmehr konkret geplanten Maßnahmen. Hinsichtlich der Umsetzung neuer Maßnahmenvorschläge gab es noch keine verwaltungsinterne Abstimmung (Herr Dr. Braun).

Herr König erkundigt sich nach Hanseyachts (Thema Antriebe – gab es eine Kommunikation mit der Firma). Für Hanseyachts ist das Thema Antriebe ein Thema (Bündnispartner im Campfire Projekt) (Herr Dr. Braun). Herr Sträussler verweist auf das Photovoltaikpotential (u.a. Hanseyachts / Bedenken: Brandschutz). Elektroboote waren bisher noch nicht so das Thema bei Hanseyachts. Die Entwicklung der Branche schreitet jedoch schnell voran (Herr Sträussler).

Herr König fragt nach den Fördermöglichkeiten, die Herr Sträussler skizziert hat. Dieser erklärt, dass einige der Programme ganz neu sind und großes Potenzial bergen. Herr König bittet die Verwaltung diese Potenziale zu prüfen und in den Haushalt einzupflegen.

Anlage 1 Klimaschutzteilkonzept öffentlich

Anlage 2 Präsentation Greifswald maritim öffentlich

5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Keine Fragen, Anregungen oder Vorschläge

6 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dr. Juliane-Brust-Möbius stellt sich als neue Masterplanmanagerin den Ausschussmitgliedern vor. Hinsichtlich der Entwicklung Nachhaltigkeitsstrategie für Greifswald geht es weiter (bisher lag „nur“ der Sachstandsbericht vor) (Herr Dr. Braun). Das politische Arbeitsprogramm im Rahmen des European Energy Award (EEA) sollte noch im Dezember von der Bürgerschaft beschlossen werden (Hintergrund: Abschluss des EU-Projektes, über welches der EEA finanziert wurde). Letztendlich haben wir mit dem Masterplan 100% Klimaschutz eine Art politisches Arbeitsprogramm (liegt für den EEA formal jedoch zeitlich zu weit zurück). Eine Beschlussvorlage wird voraussichtlich durch die Stadtverwaltung vorbereitet (Herr Dr. Braun).

6.1 Nachhaltige und Faire Beschaffung

Der Entwurf ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Bartelt (Dezernatssteuerer – Dezernat 1) stellt die neue Dienstanweisung zur Beschaffung (DA10-5) vor. Geltungsbereich: Die Dienstanweisung gilt für die Stadtverwaltung. Für die Eigenbetriebe gilt die Dienstanweisung nicht (diese stellt jedoch eine Orientierungshilfe dar). Haushaltsrecht: Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind zu beachten (gewisser Zielkonflikt im Bereich der nachhaltigen Beschaffung). Die Dienstanweisung verweist auf eine Anlage (In den Anlagen sind z.B. die Produktgruppen definiert.). Hintergrund: Dienstanweisungen können nicht so schnell geändert werden (Im Fall der Änderungen von Anlagen ist dies anders.). Gesetzliche Vorgaben müssen eingehalten werden (Diese werden in der Dienstanweisung nicht noch einmal ausführlich dargestellt. z.B. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen). Energieeffizienzklassen sind zu berücksichtigen, wo diese produktabhängig eine Rolle spielen. Orientierung am Bundesamt für nachhaltige Beschaffung (Produktgruppen). Für bestimmte Produktgruppen wurden in Greifswald eigene Richtlinien festgelegt (Dort wo es z.B. keine Orientierung beim Bundesamt gibt.). Bürgerschaftsbeschlüsse wurden mit der Dienstanweisung umgesetzt (betrifft das Thema Fuhrpark und

Verpflegungsdienstleistungen). Wo wir keine Greifswald-spezifischen Aussagen zu Produktgruppen tätigen, sind die Vorgaben des Bundesamtes zu beachten. Abweichungen wären nur mit Begründung erlaubt (Herr Bartelt – als Antwort auf eine Verständnisfrage von Herrn König). Zusätzliche Kriterien können durch die Ämter bei der Beschaffung vorgenommen werden. Herr König fragt nach dem Recht auf Reparatur (Reparaturfähigkeit). Gütezeichen (Label) sind in diesem Zusammenhang Herrn Bartelt abschließend nicht bekannt. Die Dienstanweisung lässt Reparaturen zu (Herr Bartelt). Reparaturfreundlichkeit ist als Begriff rechtlich schwierig zu fassen (Herr Bartelt). Der Begriff ist vergaberechtlich nicht hinreichend bestimmt. Frau Dr. Wölk erkundigt sich nach dem Thema Leasing (IT, Fahrzeuge). IT-Technik und Fahrzeuge werden zum größten Teil nicht geleast nach Wissensstand von Herrn Bartelt (nur ein Fahrzeug und möglicherweise Kopiergeräte). Herr König begrüßt abschließend noch einmal die Vorstellung im laufenden Prozess (vor finalem Abschluss der Dienstanweisung).

Anlage 1 Entwurf Nachhaltige und faire Beschaffung öffentlich

**6.2 Zwischenstand bezüglich der Erfüllung der
Vorlage BV-P/07/0009-02 "Änderungsantrag zu:
Allgemeine Pachtbedingungen für
landwirtschaftliche Verträge"
- Konzept zum reduzierten
Pflanzenschutzmitteleinsatz und zur
Anwendung des Integrierten Pflanzenschutzes
(gem. B734-28/18)**

Der Entwurf ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.
Herr Kremer stellt einen gewissen Zeitverzug fest (personalbedingt, GAI Gründungsprozess,...). Im nächsten Gremienlauf reicht die Verwaltung eine Beschlussvorlage ein. Herr Beil (Geschäftsführer GAI) stellt den Zwischenstand vor. GAI: aktuell 40 Mitglieder (davon 37 Landwirtschaftsbetriebe / insgesamt Bewirtschaftung von 25000ha landwirtschaftlicher Nutzfläche). Aufträge (5 Beschlüsse): Reduzierung biodiversitätsgefährdende Stoffe, aber auch Naturschutzbewertung städtischer Flächen, Betriebsnaturschutzkonzepte, allgemeine Nachhaltigkeitsbewertung (Methodikentwicklung – in Zusammenhang mit dem Thema Pachtverlängerung), Thema Entwicklung von Pachtpreisen, Greifswalder Nachhaltigkeitsstrategie

Wir reden nicht nur über Glyphosat sondern auch generell über das Thema Landwirtschaft und Nachhaltigkeit und wie dies Hand in Hand gehen kann (Herr Beil). Das pdf zum Zwischenstand wurde vorab den Ausschussmitgliedern bereitgestellt (Insofern sei auch im Protokoll hierauf verwiesen). Biodiversitätsgefährdende Stoffe: Glyphosat (im Allgemeinen weniger Chemie). Ziel: Eine „premiumkonventionelle“ Landwirtschaft (besser als die bisherige gute allgemeine Praxis – eine Annäherung an den Ökolandbau). Weniger Chemie auf dem Acker: Transparenz und Messbarkeit sind wichtig. Es gibt eine Erwartung und Hoffnung der Landwirte auf eine langfristige gute Kooperation mit den Verpächtern. Integrierter Pflanzenschutz ist das Ziel (Einsatz von Chemie ist hier nur die letzte Möglichkeit).

Zum konkreten Konzept: 16 Kriterien gibt es hier (Hier kann jeder Landwirtschaftsbetrieb anhand der Kriterien einen gewissen score erreichen.). Verweis auf das bereitgestellte Dokument.). Modellprojekt des JKI ist eine Hauptgrundlage für die Greifswalder Herangehensweise. GAI ist inhaltlich verbunden (ergänzend) mit weiteren Projekten in Greifswald

(VorpommernConnect, MORGEN, artificial farming – u.a. auch mit Hochschulen Stralsund, Neubrandenburg...). Es wird einen Workshop auf den Karrendorfer Wiesen geben (u.a. mit Akteuren die auch bekannt sind für die Krefelder Studie – Insektenschutz). Neues Forschungsprojekt: pestizidfreie Landwirtschaft (JKI) – auch hier wird Greifswald dabei sein (als Demonstrationsregion). GAI beteiligte sich am DemokraTisch 2020. Im Fachbeirat (7 Personen) werden die Themen der GAI diskutiert. Herr Beil bietet explizit an, bringen Sie sich ein (die Themen sind work on progress)! Herr Dr. Kasbohm: Wenn das Konzept weiter ist, müsste dieses breiter gestreut werden, um sich Rückmeldungen einzuholen. Es müsste weiter gesucht werden, wie das Thema greifbarer gemacht werden kann (Messbarkeit, Transparenz). Ab wann kann man was erwarten, wie kann man dies nachvollziehen (Herr Dr. Kasbohm)? Naturschutzkonzepte (die partiell für Betriebe schon vorliegen) müssten irgendwie öffentlich gemacht werden. Informationen wo stehen wir und wie geht es Schritt für Schritt weiter sind wichtig (Herr Dr. Kasbohm). Die Ziele sollten mit einfließen in die Nachhaltigkeitsstrategie und es muss nachvollziehbarer sein, was es bedeutet als Betrieb grün oder gelb bewertet worden zu sein (Bezug zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln). Herr Beil geht auf die Anmerkungen von Herrn Dr. Kasbohm ein (es gibt einen Behandlungsindex – Thema Pflanzenschutzmittel und hinsichtlich der 16 Kriterien ist schon sehr viel inhaltlich ausgearbeitet – man ist viel weiter als nur Strukturen zu beschreiben).

Herr König hatte sich das Konzept zu Beginn etwas anders vorgestellt (zu jeder angebauten Kultur gibt es konkrete Werte die hinsichtlich Pflanzenschutzmittel etc. anzustreben sind). Herrn König würde die Perspektive der betreffenden Landwirte interessieren (können die angestrebten Dinge problemlos umgesetzt werden etc....). Herr König findet den nun vorgeschlagenen Ansatz interessant, ist sich jedoch nicht sicher, ob das Hauptziel (Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes) erreicht wird, wenn lediglich 10-20% Reduktion vom Mittelwert honoriert werden. Auch die Perspektive der Ökolandwirte interessiert Herrn König in diesem. Herr König fragt nach dem Biodiversitätsgewinn bei der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln (z.B. Reduktion um 10%). Herr Beil erwähnt die Farm to fork Strategie der EU (dorthin geht die Reise der EU hin – deutlich höhere Reduktionsziele als 10%). Die anwesende Landwirtin (Frau Korowski, Rederecht erteilt) betont, dass Landwirtschaft komplex ist (diese Komplexität kann man in einem Ausschusstreffen mit vorliegendem Dokument nicht erfassen)! Die Komplexität ist u.a. durch die Natur begründet (kleinräumige Unterschiede). Jedes Jahr ist jeder Standort und jeder Betrieb etwas anders. Frau Korowski bittet dringlichst darum sich sehr genau mit den Zahlen zu befassen (was steht dahinter, was bedeutet dies für die Akteure). Herr Kremer erwähnt, dass das vorliegende Konzept für die Betriebe greifbar ist, genaue Ziele (zeitlich gestaffelt) jedoch am Ende noch von der Bürgerschaft verabschiedet werden müssten. Der Landwirtschaft muss auch eine Chance gegeben werden. Es wird eine Ungleichheit (Ambition in der Zielsetzung) zu anderen Themenfeldern wie Energieversorgung/Mobilität gesehen (bsp. Wo haben wir einmal merklich etwas bei der Mobilität reduziert? Im Allgemeinen haben wir sonst Ziele bis 2050 (indirekte Ansprache des Masterplans Klimaschutz). – Herr Kremer). Herr Kremer bemängelt, dass bei der virtuellen Feldbegehung (durch GAI organisiert - Thema Raps und Zuckerrüben) nur 2 Bürgerschaftsmitglieder dabei waren. Herr Dr. Kasbohm und Herr König gehen auf die Anmerkungen von Herrn Kremer ein (u.a. Zurückweisung, dass zu wenig die Perspektive der Landwirte betrachtet wird und auch Zurückweisung das man mit anderen Themen Energie/Mobilität weniger streng umgeht als mit dem Thema Flächen.). Die Ökolandwirte haben keinen Handlungsbedarf (Herr Beil – Antwort auf die Frage von Herrn König). Frau Dr. Brust-Möbius merkt das Projekt Physics for food an (Dieses sollte bei den vorgestellten Ansätzen nicht vergessen

werden. Das Projekt ist am INP angesiedelt. Es geht auch darum den chemischen Mitteleinsatz durch physikalische Methoden (Plasmabehandlung) zu reduzieren.).

Anlage 1 Entwurf Reduktionskonzept biodiversitätsgefährdende Stoffe
öffentlich

6.3 MobilitätsWerkStadt 2025 - Projektvorstellung

Frau Rösch stellt das Projekt Mobilitätswerkstatt 2025 (siehe Anlage) vor (BMBF gefördert) und benennt das Förderziel (Förderung systemischer transdisziplinärer umsetzungsorientierter Forschung/ Forschungsfragen nachhaltiger Entwicklung / nachhaltige urbane Mobilität). Als wissenschaftlicher Partner wurde die Universität Greifswald gewonnen. Projektbeginn: 01.01. 2020. Forschungsprojekt gliedert sich in 3 Phasen. Erste Phase, in der wir uns befinden, umfasst 1 Jahr (Projektphase wurde bis März 2021 verlängert). Frau Rösch stellt den Greifswalder Titel des Projektansatzes vor und geht auf die Ausgangslage ein (z.B. mangelnde Vernetzung Stadt und Umlandgemeinden, hoher Anteil motorisierter Individualverkehr, zunehmende Attraktivität der Stadt Greifswald (Arbeitsplätze – führt z.B. zu verstärktem Parkdruck,...), hohes Anspruchsdenken der Verkehrsteilnehmer). Die Verkehrsplanung muss darauf reagieren. Es ist das Ziel wegzukommen von einer eher statischen Verkehrsplanung hin zu einer dynamischen nachhaltigen Verkehrsplanung (hierzu soll das Projekt einen wichtigen Beitrag leisten). Wie können wir Kommunikationsprozesse schaffen, damit die Verkehrsplanung in geeigneterer Form umgesetzt werden kann? Es wurde eine Online-Umfrage mit größeren Arbeitgebern der Stadt durchgeführt (arbeitsplatzbezogenes Mobilitätsverhalten). Ergebnisse der Umfrage werden auch kartographisch dargestellt und münden in wissenschaftlichen Abschlussarbeiten. Auch die Bürger sollen beteiligt werden. Derzeit werden z.B. Stakeholder Interviews vorbereitet. Das sektorale Denken soll dabei möglichst überwunden werden. Eine öffentliche Beteiligung soll es noch geben (diese musste dieses Jahr pandemiebedingt verschoben werden – wie diese jetzt stattfinden kann, ist jedoch noch nicht entschieden). Es gab bei der Befragung über 2000 Teilnehmer (4 Wochen lief die Umfrage). Es gab Fragen zum Wohnort, der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel und es wurde u.a. nach Wünschen und Anregungen gefragt. Phase 2 des Projektes würde 3 Jahre umfassen (hier bereitet die Stadtverwaltung einen Antrag aus – Erkenntnisse aus Phase 1 müssten in Phase 2 umgesetzt/angewendet werden – dies würde in Greifswald z.B. Park & Ride Parkplätze betreffen). Phase 3 des Projektes würde den Transfer der Ergebnisse auf das Umland betreffen. In Phase 2 werden nur noch 15 Kommunen der 50 Kommunen aus Phase 1 gefördert! Herr Wilde verweist auf den Verkehrsentwicklungsplan von 1994 und die bisher zuletzt im Vordergrund stehende sektorale Betrachtungsweise (ÖPNV, Radverkehr). Die Idee war jetzt, dass eine integrierte Mobilitätsstrategie unter den Problemlagen der sektoralen Betrachtung vorzuziehen ist (hier passte jetzt die Ausschreibung zur Mobilitätswerkstatt zeitlich – der Antrag musste jedoch auch kurzfristig neben den Tagesaufgaben geschrieben werden). Der Antrag war auch verbunden mit der Hoffnung auf eine geförderte Personalstelle (die Besetzung der Stelle ist jedoch trotz mehrerer Versuche nicht gelungen – es ist und bleibt schwierig geeignetes Personal zu finden)!

Anlage 1 MobilitätsWerkStadt 2025 öffentlich

7 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr König erläutert in Bezug auf die vergangene Sitzung eine Problematik beim Einfügen von Fraktionsvorlagen durch Dritte auf die Tagesordnung und teilt die Einschätzung der Bürgerschaftskanzlei mit. Er empfiehlt für ähnlich gelagerte Fälle eine bessere Abstimmung der Ausschussmitglieder untereinander.

Herr König verweist auf den anstehenden zweiten Workshop von VorpommernConnect. Nach dem dritten Workshop soll es dann auch einen Abschlussbericht geben, der dann auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden soll.

8 Beschlusskontrolle

9 Beratung der Beschlussvorlagen

9.1 Modellprojekt "Zukunft des Wohnens in Greifswald - Mitten in Schönwalde I und II"

BV-V/07/0305

Herr Wilde stellt das Modellprojekt vor. Das Konzept dazu liegt den Ausschussmitgliedern vor. Der zweite Teil des Beschlussvorschlages bezieht sich auf die Vergabe eines Grundstückes (südlich Lise Meitner Straße) an die WGG (städtebauliche Entwicklung mit Zielen der Stadt durch die WGG). Projektskizze wurde durch die Verwaltung erarbeitet und eingereicht und darüber hinaus in Schwerin und den Ortsteilvertretungen vorgestellt (Stichwort: „Zukunft des Wohnens in Mecklenburg-Vorpommern“ – Wohnungsbaupolitik des Landes). Eine öffentliche Vorstellung fand mit dem Land in der IGS (Fischer Schule) statt. Neben dem Thema Bauen wird vom Land das Thema Bildung angesprochen (für das Modellprojekt wurde in der Stadtverwaltung eine Projektgruppe eingerichtet). Ein Beteiligungsworkshop fand im Dezember im Humboldt-Gymnasium statt. Für die Beantragung der Fördermittel bedarf es eines Bürgerschaftsbeschlusses. Die Maßnahmen betreffen die Stadtteile Schönwalde 1 & 2. Handlungsfelder: Wohnen, Grün- & Freiflächen, Bildung, Sport, soziales Leben und gesellschaftlicher Zusammenhalt (mit Maßnahmenvorschlägen die sich in der Karte widerfinden). Herr Dr. Kasbohm merkt an, dass die Lebensstrukturen noch gefördert werden könnten (Stichwort: Gemeinschaftsflächen). Die „Software“ muss weiter gefördert werden (Quartiersmanagement, Sozialarbeiter). Mit der Funktionalität der Anlagen (bsp. Dubnaring) sollte man sich noch mehr beschäftigen. Herr Dr. Kasbohm geht auch auf einen eventuellen Jugendsportbeirat ein. Es sollten sozusagen als abschließende Anmerkung die Strukturen (soziale Teilhabe) jenseits des baulichen schon jetzt verstärkt angegangen werden (Herr Dr. Kasbohm). Herr König merkt an, dass abgesehen von kurzen Bemerkungen zu Grünflächen nur mittelbar Schnittpunkte zu den Themenfeldern des Ausschusses bestehen. Insbesondere ist der Aspekt der energetischen Versorgung eine Leerstelle. Bei allen anstehenden Projekten sollte der energetische Aspekt prioritär behandelt werden. Energetische Betrachtungen können bzw. werden nachgelagert betrachtet (Hinweis auf ein Wohnhochhaus – städtebaulicher Wettbewerb – Herr Wilde). Herr Wilde verweist darüber hinaus auf das Thema Klimaschutz/Klimaanpassung in der Bauleitplanung. Frau Dr. Wölk verweist auf das zu schaffende Stadtteilzentrum Schönwalde 2. Hier sollte ein innovatives energetisches Konzept verfolgt werden (z.B. komplette energetische Selbstversorgung). Frau Dr. Wölk geht auch auf das angesprochene Hochhaus ein (Kann man hier eine grüne Fassade mit einplanen bzw. eine vertikale Integration

von Photovoltaikmodulen?). Hier kann etwas mit Außenwirkung für Greifswald umgesetzt werden (Frau Dr. Wölk).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

9.2 Satzung zum Schutz und zur Nutzung der öffentlichen Grünanlagen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0238-01

Herr Bruhnke stellt die Beschlussvorlage (Anpassung der Satzung – insbesondere das Thema Rauchen) vor. Vor allem Paragraph 3 mit den Untersagungen wurde in der Satzung abgeändert. Es wurden auch Teile aus der Satzung herausgenommen die schon in den Gesetzen (z.B. Naturschutzgesetz) geregelt sind. Herr König erwähnt die bereits intensiv geführte Diskussion im Ausschuss für öffentliche Ordnung. Auch in seiner Fraktion sei die Vorlage auf erheblichen Widerstand gestoßen. Er bietet an die Kritik im Detail per E-Mail mitzuteilen. Der Kommunale Ordnungsdienst soll mit der Anpassung der Satzung eine bessere/geeignete Grundlage bekommen (bisher gab es hier ungenaue Formulierungen - Herr Bruhnke). Herr Dr. Kasbohm und Herr Hosang äußern sich zur Beschlussvorlage. Die Satzung schießt über das Ziel hinaus, es geht fast nur um Verbote und es wird vor allem ein Fehlverhalten der Bürger unterstellt (ungerechtfertigtes Menschenbild schwingt hier mit - Herr Hosang). Auch Herr Dr. Kasbohm kritisiert den Stil der Formulierungen. Wie können die Bürger motiviert werden die Flächen sinnvoll zu nutzen (Herr Dr. Kasbohm schlägt vor dies innerhalb einer Jahresfrist anzugehen gemeinsam mit der Verwaltung - Umsetzungsplan). Herr Dr. Kasbohm spricht darüber hinaus das Thema Eigenverantwortung an (etwas ist nicht verboten – man muss jedoch Eigenverantwortung übernehmen – für eventuelle auftretende Schäden kann die Stadt dann nicht herangezogen werden). Wie kann man aus Verboten Gebote machen (Herr Dr. Kasbohm)?

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	4	4

9.3 Startschuss für einen modernen attraktiven Arbeitgeber

BV-P-ö/07/0016

Der Antrag wird als selbsterklärend vorgestellt (Thema: Home-Office, Mobiles Arbeiten).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	3

10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Frau Hübner bezieht sich auf eine Beschlussvorlage aus dem Frühjahr 2019 (Wiederherstellung eines verschwundenen Weges – Gartensparte Rosental – Prüfauftrag). Wie ist hier der Bearbeitungsstand? Herr Wilde kennt den aktuellen Sachstand ad hoc nicht (auch da die Zuständigkeit hier dezernatsübergreifend ist.). Der Sachstand müsste durch die Verwaltung demnach nachgereicht werden. Herr Dr. Kasbohm weist daraufhin, dass man auch noch einmal bei Neuenkirchen nachfragen sollte.

Angemerkte Abschnitt Bahnhofsstraße (Pflasterung) aus dem letzten Ausschuss wurde baulich behoben (Herr König). Grünflächenpflege (Mahd): hier gibt nach Aussagen des Tiefbauamtes keine Dokumentation (Herr König). Pappelallee: Hier geht es nach dem Tiefbauamt um die Verkehrssicherheit (Ist diese nicht gefährdet, gibt es keine weiteren Maßnahmen.). Herr König kritisiert, dass die Reduzierung des Problems auf Verkehrssicherheit sehr einseitig ist, da es auch um den Erhalt der Substanz und den Fahrkomfort als Förderung des Radverkehrs ginge. Herr König kritisiert, dass die Pappelallee umfangreich saniert wurde und nun durch das Ignorieren von Wurzelaufrüchen davon bedroht ist, in den alten Zustand zurück zu fallen.

11 Ende der Sitzung

Vorsitz:

Protokollant/in:

Jörg König

Dr. Stephan Braun